

ans:

Michael Klundt/Samuel Salzborn/Marc Schwietring/  
Gerd Wiegel: *Erinnern, verdrängen, vergessen. Ge-  
schichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert*, Giessen  
2003.

**Samuel Salzborn/Marc Schwietring**

## Antizivilisatorische Affektmobilisierung

Zur Normalisierung des sekundären Antisemitismus

Wird man die Debatten über die antisemitischen Äußerungen des seinerzeitigen stellvertretenden FDP-Parteivorsitzenden Jürgen W. Möllemann und den vor antisemitischen Ressentiments strotzenden Roman „Tod eines Kritikers“ von Martin Walser in einigen Jahren Revue passieren lassen, könnte eine der Erkenntnisse sein, dass im Frühjahr und Sommer des Jahres 2002 in Deutschland noch ein gesellschaftlicher Konsens bestand, der durch die penetranten antisemitischen Invektiven Möllemanns und Walsers gebrochen wurde: der Konsens, dass sich antisemitisch zu artikulieren, nicht mit den Grundwerten der bundesdeutschen Gesellschaft vereinbar ist.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Prognose falsch ist und dass der Antisemitismus nicht, wie auch Andrei S. Markovits im Juli 2002 konstatierte, in Europa und vor allem in Deutschland inzwischen zu jener Hoffähigkeit mutiert ist, wie er sie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr inne hatte: „Aber in manchen einschlägigen intellektuellen Kreisen in Deutschland verspürt man so etwas wie einen Hauch der kollektiven Erlösung: Free at last, free at last – endlich sind wir die Bürde des Holocaust los. Wir sind endlich frei und stolz, unserem politisch inkorrekten Antisemitismus den gehörigen Ausdruck zu verleihen

und damit in dem neualten Milieu Deutschlands (und Europas) völlig korrekt geworden zu sein.<sup>41</sup> Sollten aber die medialen Anzeichen der im Klima eines neuen deutschen Opferdiskurses<sup>2</sup> stattfindenden geschichtspolitischen Auseinandersetzung um das Thema Antisemitismus richtig gedeutet sein, so steht zu befürchten, dass Möllemann und Walser das Tor dafür aufgestoßen haben, dass der mühsam erarbeitete anti-antisemitische Konsens in der Öffentlichkeit brechen wird. Nicht laut und vordergründig, auf der politischen Ebene. Sondern leise und zaghaft: im gesellschaftlichen Alltag.

Markovits ist in seiner den Antisemitismus in Deutschland betreffenden Analyse zuzustimmen, wenn er argumentiert, dass es in der Debatte im Kern um die erstrebte Akzeptanz antisemitischer Denkmuster und um die Befreiung von den aus der Vergangenheit bestehenden Schranken ging. Damit ist vor allem ein Motiv klar zu erkennen, das infolge des selbstinszenierten Tabubruchs von Möllemann und Walser inzwischen mit erheblich geringeren gesellschaftlichen Sanktionierungen verbreitet werden kann, als in den Jahrzehnten zuvor: der sekundäre Antisemitismus.

Entstanden aus dem Wunsch nach Entlastung von der deutschen Vergangenheit konstituiert sich dieser Antisemitismus „nicht *trotz*, sondern *wegen* Auschwitz“, wie Henryk M. Broder es formuliert hat,<sup>3</sup> also als Element der deutschen Erinnerungspolitik, das die Juden für die Folgen der Shoah verantwortlich macht und den Holocaust als negative Störung der nationalen

<sup>1</sup> Andrei S. Markovits: Ein Tabu fällt. Antisemitismus in Deutschland und Europa, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 7/2002, S. 368.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu ausführlich: Samuel Salzborn: Ein neuer deutscher Opferdiskurs. Zur Bedeutung der Vertriebenenverbände und ihrer Anliegen für politische Debatten der Gegenwart, in: Christoph Butterwege u.a.: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002, S. 147 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Henryk M. Broder: Der Ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt a.M. 1986, S. 11, Hervorhebung im Original.

Erinnerungskompetenz bestimmt. Das Bedürfnis nach nationaler Identität und einer schlussstrichziehenden Normalität verortet die Verantwortung für eine durch die Holocausterinnerung gestörte deutsche Identitätsfindung nicht in der Massenvernichtung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland, sondern bei den Opfern der deutschen Politik, die sich mit ihrem – so verstandenen – Schicksal nicht abfinden.: „Dominant ist hierzulande [...] eine besondere Form des Antisemitismus, die, vordergründig ‚korrekt‘, auf traditionelle antijüdische Vorurteile weitgehend verzichtet, die Thema und Dynamik aus dem problematischen Umgang mit der NS-Vergangenheit und dem Holocaust gewinnt, die sich an der ‚Schuldfrage‘ festmacht und an der für viele Deutsche ganz und gar nicht bequemen Erinnerungsarbeit und -leistung.“<sup>4</sup> Und weil der Antisemitismus wegen des deutschen Massenmordes an den europäischen Juden seit mehr als einem halben Jahrhundert in einen gewissen Rechtfertigungszwang geraten ist, werden die Juden zur gesellschaftlichen Selbstentlastung zudem in der Rolle des Täters gebraucht und nicht in der des Opfers.<sup>5</sup>

Im Zusammenhang mit dieser spezifisch deutschen Form des Antisemitismus ist jedoch in Anlehnung an Werner Bergmann zu betonen, dass zwar das antisemitische Motiv sekundär ist, der Ausdruck aber nichts desto trotz traditionell antisemitisch bleibt.<sup>6</sup> Denn auch wenn gegenwärtige Zuschreibungen, die die Juden als mächtig, einflussreich und geldgierig phantasieren, zu aller meist nicht wie der Antisemitismus nationalsozialistischer Prägung das Ziel haben, diese zu vernichten, so teilen sie mit diesem die völkischen Segregationswünsche ebenso wie den projektiven Wahn.

<sup>4</sup> Vgl. Klaus Ahlheim/Bardo Heger: Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerns, Schwalbach/Ts. 2002 [2002a], S. 49 f.

<sup>5</sup> Vgl. Thomas Hauray: Von der Leine gelassen. Vom primären zum sekundären Antisemitismus, in: Frankfurter Rundschau v. 31.5.2002.

<sup>6</sup> Vgl. Werner Bergmann: „Wir sind empfindlicher geworden“, Interview in: die tageszeitung v. 15.6.2002.

Getrieben von der Sehnsucht nach Normalität hat die Auseinandersetzung über die Antisemiten Möllemann und Walser dazu geführt, dass gesellschaftlich ein „Ende der Schonzeit“ eingeleitet wurde, wie Salomon Korn es treffend formulierte, bei der zwar kein neuer Antisemitismus entstand, jedoch der (unter anderem auch in Form des Antizionismus) vorhandene als solcher entlarvt wurde.<sup>7</sup> Dabei ist von jenen rund fünfzehn bis zwanzig Prozent der deutschen Bevölkerung die Rede, über deren latent vorhandenen Antisemitismus sich Demoskopen seit Jahren einig sind.<sup>8</sup> Es geht also darum, dass bisher bei fünfzehn bis zwanzig Prozent der Deutschen antisemitische Einstellungen empirisch eindeutig festgestellt werden konnten, diese jedoch aufgrund eines realen oder vermuteten gesellschaftlichen Konsens des Anti-Antisemitismus ihre Positionen – mit Ausnahme eines „harten Kerns“ von Antisemiten – für sich behalten haben und damit öffentlich nur sehr bedingt auffällig in Erscheinung getreten sind.

Diesen latenten Antisemitismus zu wecken, ist schon vielfach versucht worden, etwa im Rahmen der Kontroverse um das Fassbinder-Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ (1985) oder während des Historikerstreits (1986).<sup>9</sup> Bisher wurden die antisemitischen Äußerungen stets in der Öffentlichkeit mehrheitlich zurückgewiesen und der vermeintliche Tabubruch als das benannt, was er war: ein Aufbegehren gegen die mühsam erarbeiteten zivilisatorischen Elemente der bundesdeutschen Gesellschaft.<sup>10</sup> Diese Haltung – so die noch zu belegende These – änderte sich im Jahr 2002; seither ist der sekundäre Antisemitismus in Deutschland salonfähig gewor-

<sup>7</sup> Vgl. Salomon Korn: Ende der Schonzeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6.5.2002.

<sup>8</sup> Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989, Opladen 1991.

<sup>9</sup> Vgl. Dan Diner (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a.M. 1987.

<sup>10</sup> Vgl. Anton Pelinka: Korrekt ist nicht korrekt, in: Die Presse (Wien) v. 7.6.2002.

den und es steht zu befürchten, dass sich die Überzeugungen der latenten Antisemiten in Zukunft weiter manifestieren und sich damit das gesellschaftliche (nicht zwangsläufig auch das politische) Klima in Deutschland erheblich brutalisieren wird – und zwar sowohl hinsichtlich der verbalen, wie auch der physischen Radikalität im Alltag.

Neben einer diskursiven Auseinandersetzung mit den Debatten um Möllemann und Walser bietet sich zur Verifizierung dieser These ein Blick auf die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung an. Denn bei einer kritischen Sekundäranalyse der empirischen Forschungsergebnisse zum Antisemitismus nach Auschwitz fällt der sekundäre Antisemitismus an vielen Stellen als Latenzphänomen auf, das bis in die Gegenwart kontinuierlich stark blieb und sich im Laufe der Zeit nur in seinen konkreten Projektionsmotiven wandelte. Entgegen der empirisch zu attestierenden Sensibilisierung der Deutschen für offenen und pro-nazistischen Antisemitismus blieben die Elemente eines sekundären Antisemitismus den Ergebnissen der empirischen Forschung zufolge nahezu konstant.

Unabhängig von der hier noch nicht weiter zu erörternden Plausibilitätsfrage – nämlich ob dies dafür spricht, dass der empirisch nachvollziehbare Lernprozess faktisch auch politisch-gesellschaftlich stattgefunden hat oder ob sich nur die Artikulationsweise der Antisemiten aufgrund der Furcht vor Sanktionierung oder des Glaubens an die eigene gesellschaftliche Minderheitenposition gewandelt hat – stellen die empirischen Forschungsergebnisse eine solide Basis dar, von der aus der Frage nachgegangen werden kann, inwiefern ein latenter sekundärer Antisemitismus in der Bundesrepublik durch die katalytische Wirkung antisemitischer Äußerungen von Autoritäten wie Walser und Möllemann virulent und damit auch gesellschaftlich wirkungsmächtig geworden ist.

## *Zur Empirie des sekundären Antisemitismus*

In den ersten Umfragen, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland bezugnehmend auf die NS-Vergangenheit durchgeführt wurden, waren antisemitische Einstellungen nicht eine Ausnahme, sondern die Regel. Kurz nach Niederschlagung des Nationalsozialismus durch die Alliierten gehörte die offene Artikulation antisemitischer Überzeugungen als ideologisches Kontinuum zur gesellschaftlichen Normalität, die durch die subjektiv als „Schock“ empfundene deutsche Niederlage und die alliierte Besetzung Deutschlands so gut wie gar nicht erschüttert worden war: Die erste Befragung in der US-amerikanischen Besatzungszone im Dezember 1946 ergab, dass 18 Prozent der Bevölkerung als „harte“ Antisemiten, weitere 21 Prozent als Antisemiten und 22 Prozent als Rassisten einzustufen waren.<sup>11</sup>

Dies war insofern wenig verwunderlich, als die auf alliierter Seite noch bei Kriegsbeginn vorherrschende Vermutung, die Mehrheit der Deutschen stünde mindestens in innerer Distanz zum NS-Regime und dessen ideologischen Fundamenten, sich als Illusion herausstellte.<sup>12</sup> Denn obgleich die Deutschen keineswegs ihren moralischen Werthorizont komplett verloren hatten, stand dieser mehrheitlich – anders als von alliierter Seite erwartet – nicht in der Tradition bürgerlich-republikanischen Gedankenguts, sondern war elementar mit der antisemitischen und rassistischen Weltanschauung verwoben, die zum gesellschaftlichen Alltag gehörte und damit weitgehend zur konsensualen Norm geworden war. Wert-, Norm- und Moralvorstellungen waren nicht aufgehoben, sondern nur so weit ins Völkische und Irrationale verschoben, dass der Antisemitismus als universelles Welterklä-

<sup>11</sup> Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb: Antisemitismus in Deutschland 1945-1996, in: Wolfgang Benz/Werner Bergmann (Hg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Bonn 1997, S. 398.

<sup>12</sup> Vgl. Saul K. Padover: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, München 2001.

rungsphantasma fungieren konnte, ohne im Widerspruch zum „gesunden Menschenverstand“ der Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu stehen.<sup>13</sup> Denn die Menschen ließen sich durchaus von einer Orientierung am so verstandenen „gesunden Menschenverstand“ leiten, wie Karin Orth es mit Blick auf die Konzentrationslager-SS formuliert hat, nur dass dieser als Chiffre für den antisemitischen und rassistischen Konsens angesehen werden muss.<sup>14</sup>

Vor diesem Hintergrund war es nur folgerichtig, dass auch die erste bundesweite empirische Umfrage vom Herbst 1949 – dem Gründungsjahr der Bundesrepublik Deutschland – ergab, dass sich immerhin noch ein Viertel der deutschen Bevölkerung selbst als Antisemiten klassifizierte, wobei der Anteil im Jahr 1952 sogar auf ein Drittel stieg.<sup>15</sup> Das gesellschaftliche Klima in den 1950er Jahren war geprägt von einer Renazifizierung bzw. einer unzureichenden Entnazifizierung.<sup>16</sup> Es war eine Zeit, in der der „große Frieden mit den Tätern“ gemacht wurde, wie Ralph Giordano es formuliert hat.<sup>17</sup> (Neo-)Nazistische Kleinstgruppierungen, Parteien und Publikationen entstanden, ehemalige Nationalsozialisten wurden im öffentlichen Dienst, in der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wieder „eingegliedert“, die Bemühungen um eine Fortsetzung der Entnazifizierung versandeten oder wurden bewusst beendet und eine große Zahl von NS-Prozessen war eher von

<sup>13</sup> Vgl. Samuel Salzborn: Los perpetradores de la Shoá. Sobre el desarrollo de la investigación acerca de los culpables en Alemania, in: Nuestra Memoria, H. 20/2002, S. 8 ff.

<sup>14</sup> Vgl. Karin Orth: Experten des Terrors. Die Konzentrationslager-SS und die Shoah, in: Gerhard Paul (Hg.): Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, Göttingen 2002, S. 105.

<sup>15</sup> Vgl. Bergmann/Erb 1997, S. 399.

<sup>16</sup> Vgl. Christa Hoffmann: Stunden Null? Vergangenheitsbewältigung in Deutschland 1945 und 1989, Bonn 1992, S. 107 ff.

<sup>17</sup> Vgl. Ralph Giordano: Die unbewältigte Vergangenheit. Zur Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik, in: Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 13.



Solidarität mit den Tätern, denn einer weitreichenden politischen und juristischen Auseinandersetzung mit den differenten Tätergruppen geprägt. Zugleich kam es in der Bundesrepublik zu einer massiven Welle antisemitischer Taten, wie der massenhaften Schändung jüdischer Friedhöfe und Synagogen.<sup>18</sup>

Die von alliierter Seite mit Unterstützung von demokratischen Kräften in der Bundesrepublik geforderte kritische Auseinandersetzung mit der NS-Judenverfolgung, die Einsicht in die daraus resultierende Notwendigkeit von so genannten Entschädigungszahlungen sowie die Zustimmung zu einer nicht von antisemitischen Ressentiments geprägten Haltung gegenüber dem Staat Israel stieß auf Ablehnung in der deutschen Bevölkerung. Im August 1952 sprach sich fast die Hälfte der Deutschen gegen die so genannten Entschädigungszahlungen an Israel aus, weitere 24 Prozent hielten diese zwar für gut, aber zu hoch bemessen und lediglich 11 Prozent stimmten ihnen zu:<sup>19</sup> „Diese Ablehnung äußerte sich in Form traditioneller antijüdischer Vorurteile (Vorwurf der Geldgier und Rachsucht), die sich durch die jüdischen Forderungen ‚bestätigt‘ sahen (Schuldumkehr).“<sup>20</sup>

Verbunden mit der wirtschaftlichen und politischen Situierung der Bundesrepublik, dem rechtlichen Kampf gegen neonazistische Parteien wie der Sozialistischen Reichspartei (die 1952 vom Bundesverfassungsgericht wegen ihrer offenen NS-Bezugnahme verboten wurde), einer Reetablierung von demokratischen Strukturen und einem – wenn auch nur langsam voranschreitenden und teilweise sehr marginalen – personellen Wandel im Bereich des öffentlichen Lebens begann in den späten 1950er und 1960er Jahren der Anteil der offenen Antisemiten in der Bundesrepublik der empirischen Forschung zufolge langsam abzunehmen.

<sup>18</sup> Vgl. Peter Reichel: *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001, S. 125 ff.

<sup>19</sup> Vgl. Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hg.): *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955*, 2. durchgeseh. Aufl., Allensbach 1956, S. 130.

<sup>20</sup> Bergmann/Erb 1997, S. 400.

Der auf die soziale Distanz bezogene Frage „Würden Sie sagen, es ist für Deutschland besser, keine Juden im Land zu haben?“ stimmten 1952 noch 37 Prozent zu, während der Anteil nach und nach (1956: 28 Prozent; 1958: 22 Prozent; 1963: 18 Prozent; 1965: 19 Prozent) auf neun Prozent im Jahr 1983 sank.<sup>21</sup> Auch wenn die Zustimmung zu dieser Frage wieder auf 13,1 Prozent im Jahr 1987 anstieg, zeigte die parallel gewachsene Ablehnung der Frage (von 19 Prozent im Jahre 1952 auf 66,8 Prozent im Jahre 1987),<sup>22</sup> dass eine teils kontinuierliche, teils auch nur schubweise verlaufende Reduzierung eines sich offen artikulierenden Antisemitismus in der Bundesrepublik stattgefunden hat. Parallel zu dieser wachsenden Ablehnung von öffentlichen Formen des Antisemitismus bestand die Toleranz für antisemitische Äußerungen im privaten Bereich jedoch weiter fort. Als das Institut für Demoskopie Allensbach 1986 danach fragte, ob man die Freundschaft zu einem Bekannten aufrecht erhalten würde, wenn dieser ernsthaft die Ausweisung von Juden aus der Bundesrepublik fordere, konnten sich dies 40 Prozent vorstellen, während es nur 26 Prozent für kaum möglich hielten und weitere 34 Prozent sich zu einer Beantwortung der Frage nicht im Stande sahen.<sup>23</sup>

Diese Differenz von privater Toleranz für Antisemitismus und öffentlichem Anti-Antisemitismus könnte, so schlussfolgerte Werner Bergmann, als ein Hinweis „auf die Tabuisierung und Latenz des Antisemitismus in der BRD genommen werden, wonach weniger ein durchgreifender Einstellungswandel stattgefunden hätte als vielmehr nur die Ab-

<sup>21</sup> Vgl. Renate Köcher: Deutsche und Juden vier Jahrzehnte danach. Eine Repräsentativbefragung im Auftrag des STERN, Allensbach o. J. (1986), S. 23.

<sup>22</sup> Vgl. Institut für Demoskopie: Antisemitismus. Eine Repräsentativuntersuchung der Verbreitung antisemitischer Einstellungen, Allensbach 1987, Tabelle 13g (unpag.). Bei der Erhebung im Herbst 1987 wurde der Satz leicht modifiziert abgefragt („Für uns Deutsche wäre es am besten, wenn alle Juden nach Israel gingen“).

<sup>23</sup> Vgl. Köcher 1986, S. 57.

drängung des Vorurteils in die Latenz.“<sup>24</sup> Eine solche Annahme wird noch dadurch bestärkt, dass von den Befragten in großem Maße ein Kommunikationsverbot für antisemitische Einstellungen angenommen wurde, insbesondere hinsichtlich der Verlautbarungen im öffentlichen und politischen Raum.<sup>25</sup> Somit könnte also von einer Kommunikationslatenz von antisemitischen Einstellungen bei gleichzeitiger psychischer Präsenz auszugehen sein.<sup>26</sup>

Ruft man sich die Ergebnisse der frühen empirischen Forschung hinsichtlich der Ablehnung von *Shilumim* – so der statt der deutschen Termini „Entschädigungen“ oder „Reparationen“ in Israel verwendete Ausdruck<sup>27</sup> – in Erinnerung, die verknüpft wurde mit dem antisemitischen Ressentiment der Bereicherung und dem der Schuldumkehr, dann fällt auf, dass sich bereits in den frühen 1950er Jahren zu den klassischen antisemitischen Motiven ein sekundärer Antisemitismus gesellt hatte, der nicht Bestandteil der offiziellen politischen Ideologie war, sondern sich vielmehr in Form diffuser Verschwörungsphantasmen und Entlastungswünsche gesellschaftlich (öffentlich und privat) artikulierte. Diese Wandlung ist vor allem vor dem Hintergrund einer Kommunikationslatenz bedeutsam, weil sie auf eine sich modifizierende antisemitische Artikulation hinweist.

<sup>24</sup> Werner Bergmann: Sind die Deutschen antisemitisch? Meinungsumfragen von 1946-1987 in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ders./Rainer Erb (Hg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990, S. 117.

<sup>25</sup> Vgl. ebd., S. 118.

<sup>26</sup> Vgl. ebd., S. 112.

<sup>27</sup> *Shilumim* ist etwa mit dem deutschen Wort Zahlungen zu übersetzen, wobei dem Begriff jede Konnotation von Schuldvergebung oder Verzeihen fehlt, die sich die deutschen Termini Entschädigung, Wiedergutmachung oder Reparation gern verbal erkaufen würden – als ließe sich der deutsche Massenmord an den europäischen Juden „wieder gut machen“.

Bereits vor inzwischen über 20 Jahren hat Alphons Silbermann in diesem Zusammenhang ermittelt, dass von den antisemitischen Motiven die Zustimmung bei einem sich wirtschaftlich artikulierenden Antisemitismus weit intensiver war als bei einem rassistischen oder einem politischen.<sup>28</sup> Rund 45 Prozent der Deutschen stimmten einem in wirtschaftliche Motive übersetzten Antisemitismus mehr oder minder deutlich zu, während weniger als 20 Prozent derartige Gedanken ablehnten.<sup>29</sup> Bei einem rassistisch motivierten Antisemitismus – also der Variante, die als öffentlich sanktionsgefährdet wahrgenommen wurde – äußerten „nur“ rund 30 Prozent starke bzw. schwache Zustimmung, während immerhin fast 35 Prozent diesen ablehnten.<sup>30</sup> Konkret war unter einem „wirtschaftlichen Antisemitismus“ zu verstehen, dass eine konstante Anzahl von rund 20 Prozent der Befragten im Zeitraum von 1960 bis 1986/87 „den Juden“ Geiz und rund 30 Prozent ihnen Berechnung unterstellte; Erfolg im Geschäftsleben wurde „den Juden“ in den 1960er Jahren sogar von rund 55 Prozent zugeschrieben, wobei der Wert im Jahre 1987 noch auf 74,6 Prozent anstieg.<sup>31</sup>

In Beziehung gesetzt zu der gigantischen Schuldverleugnung – bereits Anfang der 1960er Jahre lehnten fast 90 Prozent der Deutschen jede Form der Mitschuld an der Judenvernichtung ab<sup>32</sup> – erlangt die antisemitische Unterstellung einer besonderen jüdischen Gier und Machtbesessenheit eine besondere Qualität, weil sie zeigt, dass sich die Deutschen in ihrem nationalen Gewissen gestört fühlen und keine Verantwortung für die NS-Verbrechen übernehmen wollen, während als Grund für eine reflexive Vergangenheitsaufarbeitung lediglich ein antisemitischer Verschwörungs-

<sup>28</sup> Vgl. Alphons Silbermann: Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1982, S. 45, 57 u. 62.

<sup>29</sup> Vgl. ebd., S. 57.

<sup>30</sup> Vgl. ebd., S. 45.

<sup>31</sup> Vgl. Bergmann 1990, S. 120.

<sup>32</sup> Vgl. Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958-1964, Allensbach/Bonn 1965, S. 229.

wahn angesehen wird: „Ein großer Teil der Bevölkerung sieht sich so in eine Art ‚Dauerschuld‘ versetzt, da ‚die Juden‘ aus ihrer Sicht auf dem Wachhalten der Erinnerung zu bestehen scheinen. Diese Vermutung steht in Spannung zu dem eigenen Wunsch, endlich einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen.“<sup>33</sup>

Die Transformation der antisemitischen Kommunikationsformen in Richtung eines sekundären Antisemitismus und die damit versuchte moralische und historische Entlastung antisemitischen Denkens führte im Laufe der Zeit nicht nur zu keiner Abnahme sekundär antisemitischer Motive, sondern im Gegenteil tendenziell sogar eher zu einer wachsenden Zustimmung in der deutschen Bevölkerung, wobei insgesamt die Tendenz, antisemitische und antijüdische Überzeugungen „öffentlich zu machen“, wie Wolfgang Benz betont, „in den letzten Jahren steigend“ ist.<sup>34</sup> Eine EMNID-Untersuchung aus dem Jahre 1994 zeigte, dass 44 Prozent der West- und 19 Prozent der Ostdeutschen die Ansicht vertreten haben, „die Juden“ würden „den nationalsozialistischen Holocaust für ihre eigenen Absichten“ ausnutzen (Gesamt: 39 Prozent).<sup>35</sup> Ähnliche Ergebnisse förderte auch die ALLBUS-Erhebung aus dem Jahr 1996 zutage, nach der rund 44 Prozent der Deutschen mehr oder minder stark die Meinung vertraten, Juden würden die deutsche Vergangenheit ausnutzen.<sup>36</sup>

<sup>33</sup> Bergmann 1990, S. 124.

<sup>34</sup> Vgl. Wolfgang Benz: Alltäglicher Antisemitismus in der Bundesrepublik, in: Ders. (Hg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, München 1995, S. 9.

<sup>35</sup> Vgl. EMNID-Insitut: Die gegenwärtige Einstellung der Deutschen gegenüber Juden und anderen Minderheiten. Ein Überblick über die öffentliche Meinung, Bielefeld 1994, Tab. 19 (unpag.).

<sup>36</sup> Vgl. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1996, Schwerpunkt: Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland.

Dies zeigt, dass ein manifester und offen-nazistischer Antisemitismus im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik kontinuierlich abgenommen hat, während der sekundäre, häufig nicht-öffentlich verlaubliche Antisemitismus konstant blieb und sich in den letzten Jahren sogar wachsender Zustimmung erfreut. Entscheidend bis Mitte der 1990er Jahre war allerdings, dass sich im öffentlich-politischen Raum (bei allem Widerstand von rechtsextremer und auch konservativer Seite) tatsächlich ein Konsens etabliert hatte, der antisemitische Ausfälle gesellschaftlich sanktionierte, sie entschieden als aus demokratischer Perspektive nicht-tolerierbare Position zurückwies und damit zeigte, dass eine Affirmation antisemitischer Ressentiments nicht als bloße „Meinung“ gleichberechtigt neben anderen tolerierbar ist.<sup>37</sup>

Dies änderte sich nachhaltig im Jahre 1998 mit der Paulskirchen-Rede von Martin Walser, die dieser anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Herbst 1998 hielt.<sup>38</sup> In dieser Rede wandte sich Walser ganz in der Tradition des sekundären Antisemitismus gegen eine kritische Reflexion der Vergangenheit und die „Moralkeule“ Auschwitz, deren Allgegenwärtigkeit er halluzinierte.<sup>39</sup> Er sprach von einer „Dauerpräsentation unserer Schande“ und einer „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“, von einem „grausamen Erinnerungsdienst“ und einer „Routine des Beschuldigens“ in den Medien, bevor er „vor Kühnheit“ zitternd in seiner Rede erklärte:<sup>40</sup> „Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung. [...] In der Diskussion um das Holocaustdenkmal in Berlin kann die Nachwelt einmal nachlesen, was Leute an-

<sup>37</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Tabuschränken, in: Süddeutsche Zeitung v. 7.6.2002.

<sup>38</sup> Vgl. Martin Walser: Die Banalität des Guten. Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede aus Anlaß der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12.10.1998.

<sup>39</sup> Vgl. ebd.

<sup>40</sup> Vgl. ebd.

richteten, die sich für das Gewissen von anderen verantwortlich fühlten. Die Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballfeldgroßen Altraum. Die Monumentalisierung der Schande.“<sup>41</sup>

Diese selbststilisierte Erotik des vor Kühnheit Zitternden, die Walser seinen Zuhörern offenbarte, zeigte den Lustgewinn, den ihm seine perfide Selbstinszenierung als Tabubrecher offenbar bereitete – und nicht nur Walser, sondern auch einer Vielzahl deutscher Bürgerinnen und Bürger. Denn das erschreckende an Walsers Rede war neben ihrem Inhalt vor allem ihr Kontext: Walser erhielt den Applaus fast aller Anwesenden in der Frankfurter Paulskirche; nur Ignatz Bubis und wenige andere verweigerten die Zustimmung zu Walsers Rede.<sup>42</sup>

Der Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Walser mit seiner Frankfurter Rede ein diskursives Ereignis losgetreten habe, das einer „weiteren undemokratischen Entwicklung dieser Gesellschaft einen neuen Schub“ erteilte: „Denn nicht allein am rechten Rand, sondern in der Mitte der Gesellschaft ist seit einigen Jahren wieder – zunächst verhohlen, aber dann immer deutlicher – sagbar geworden, was im Deutschland der Nachkriegszeit Tabu war: Auschwitz vorbei und vergessen!“<sup>43</sup>

Und in der Tat wurde die Rede nicht mehr – wie bei vergleichbaren Anlässen zuvor – eindeutig und unmissverständlich von politischen und gesellschaftlichen Autoritäten als nicht-tolerierbar zurückgewiesen oder Walser gar als außerhalb des demokratischen Konsens stehend interpretiert. Ganz im Gegenteil war es sogar Bubis, der sich in der

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> Siehe hierzu auch: Ignatz Bubis: Wer von der Schande spricht. Niemand darf die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus auslöschen: Eine Rede zum 9. November, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 10.11.1998.

<sup>43</sup> Siegfried Jäger: Walsers stinkender Brunnen, in: Der Rechte Rand, H. 56/1999, S. 14.

Folgezeit für seine Kritik an Walser öffentlich rechtfertigen musste.<sup>44</sup> Die Parteinahme zugunsten von Walser reichte dabei weit in die Bevölkerung hinein,<sup>45</sup> so dass die Redaktionen der Tagespresse mit zustimmenden Zuschriften zu seiner Rede geradezu überhäuft wurden – und mit antisemitischen Invektiven gegen Bubis.<sup>46</sup> Seit Walsers Paulskirchen-Rede stieg zudem nicht nur die Zahl der antisemitischen Schmähbriefe, die wöchentlich beispielsweise beim Zentralrat der Juden eingehen, sondern seither sehen sich auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger bestärkt, nicht mehr anonym, sondern mit voller Anschrift versehen ihren antisemitischen Affekten freien Lauf zu lassen.<sup>47</sup> Insgesamt eine Entwicklung, die Joachim Rohloff dazu brachte, in Bezug auf Walsers Selbstverständnis, aber auch seine Sprachrohrtätigkeit den Satz zu prägen: „Ich bin das Volk“.<sup>48</sup>

<sup>44</sup> Vgl. Viola Roggenkamp: Störenfriede der Nation? Bubis, Walser und die „Berliner Republik“, in: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung v. 26.11.1998; Ignatz Bubis: Kein Mißverständnis, in: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung v. 10.12.1998.

<sup>45</sup> Vgl. Martin Walser: Wovon zeugt die Schande, wenn nicht von Verbrechen. Das Gewissen ist die innere Einsamkeit mit sich: Ein Zwischenruf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 28.11.1998; Wolf Heckmann: Entartete Debatte, in: Morgenpost Hamburg v. 1.12.1998; Paul Scheffer: Das Mißtrauenskapital schwindet. Die Walser-Bubis-Kontroverse zeigt, daß die Zeit der Vormundschaft über Deutschland vorbei ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12.12.1998.

<sup>46</sup> Vgl. Joachim Rohloff: Ich bin das Volk. Martin Walser, Auschwitz und die Berliner Republik, Hamburg 1999, S. 75 ff. Siehe hierzu auch die dokumentierten Briefe und Leserbriefe in: Frank Schirrmacher (Hg.): Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt a.M. 1999 sowie die Analyse zu den Briefen bei Wulf D. Hund: Der scheusslichste aller Verdächtige. Martin Walser und der Antisemitismus, in: Johannes Klotz/Gerd Wiegand (Hg.): Geistige Brandstiftung. Die neue Sprache der Berliner Republik, Berlin 2001, S. 183 ff.

<sup>47</sup> Vgl. Lt.: Dreißig Schmähbriefe in der Woche, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6.10.2000.

<sup>48</sup> Vgl. Rohloff 1999.



Denn ein großer Teil der Bevölkerung, so resümierte Ignatz Bubis seinerzeit, denke bereits seit langem wie Walser und wolle somit unter die NS-Vergangenheit einen „Schlussstrich“ ziehen, um unbelastet von Erinnerung und Gedenken in die Zukunft blicken zu können.<sup>49</sup> Dass diese Analyse zutraf, zeigte auch eine repräsentative FORSA-Umfrage im Auftrag der Zeitung *Die Woche* aus dem Mai des Jahres 2000, die ergab, dass tatsächlich 62 Prozent der West- und 49 Prozent der Ostdeutschen meinten, dass es Zeit werde, „unter den Nationalsozialismus einen Schlussstrich“ zu ziehen.<sup>50</sup>

Aufgrund des sich durch die Walser-Rede und ihre Rezeption abzeichnenden gesellschaftlichen Wandels führten die Erziehungswissenschaftler Klaus Ahlheim und Bardo Heger eine empirische Untersuchung zu Antisemitismus und NS-Vergangenheit unter Studierenden an der Universität Essen durch.<sup>51</sup> Die Studie belegte ebenfalls die Verbreitung einer „Schlussstrich-Mentalität“, die gepaart mit einem Wunsch nach „Normalität“ und neuem Nationalstolz auf Motive des sekundären Antisemitismus aufbaut: „Diese Schlussstrich-Mentalität geht – das ist einer unserer auffallenden Befunde – bei vielen Studierenden mit einer Weltsicht und Lebenseinstellung einher, die deutlich materialistisch-hedonistische Züge trägt, der Solidarität eher fremd und die Last der Vergangenheit ganz einfach unbequem ist.“<sup>52</sup>

Mehr als ein Drittel der befragten Studierenden stimmten der Aussage zu, es werde Zeit, dass „unter die nationalsozialistische Vergangenheit ein Schlussstrich gezogen wird“, wobei der Wunsch nach einem neuen nationalen Selbstbewusstsein eng mit dieser Schlussstrich-Mentalität

<sup>49</sup> Vgl. Ignatz Bubis: „Herr Bubis, was haben Sie bewirkt?“ – „Nichts, fast nichts“, Interview in: *stern* v. 29.7.1999, S. 59.

<sup>50</sup> Vgl. o.V.: *Rechtes Potenzial*, in: *Die Woche* v. 9.6.2000, S. 7.

<sup>51</sup> Vgl. Ahlheim/Heger 2002a.

<sup>52</sup> Klaus Ahlheim/Bardo Heger: *Unbequeme Vergangenheit. Über den Umgang mit dem Nationalsozialismus*, in: *Der Rechte Rand*, H. 77/2002 [2002b], S. 21.

verbunden ist.<sup>53</sup> Für die Entwicklung eines „gesunden Nationalbewusstseins“ traten 61 Prozent der Studierenden ein, während lediglich 14 Prozent diese Aussage uneingeschränkt ablehnten. Dabei korrelierte kaum eine Einstellung so stark mit dem Wunsch nach einem „Schlussstrich“, wie das Eintreten für ein „gesundes Nationalbewusstsein“: „Während von den Studierenden, die an einem ‚gesunden Nationalbewusstsein‘ überhaupt nicht interessiert sind, nur 13 Prozent für den ‚Schlussstrich‘ plädieren, sind es bei jenen, die der Forderung nach einem ‚gesunden Nationalbewusstsein‘ voll zustimmen, 65 Prozent.“<sup>54</sup>

Die Studie von Ahlheim und Heger zeigte auch, dass unter den Studierenden – also einer Gruppe, die in naher Zukunft großen Einfluss auf das öffentliche Meinungsklima ausüben wird – insbesondere ein sekundärer Antisemitismus verbreitet ist. So meinten 17 Prozent der Studierenden, dass viele Juden versuchen würden, „aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen“, und 20 Prozent behaupteten, die Juden würden es „ganz gut“ verstehen „das schlechte Gewissen der Deutschen auszunutzen“.<sup>55</sup>

### *Nachholende Entwicklungen*

In den beiden im Frühsommer 2002 zeitgleich stattgefundenen öffentlichen Debatten über antisemitische Artikulationen des FDP-Politikers Jürgen W. Möllemann und des Schriftstellers Martin Walser lässt sich nun eine weitere Manifestierung des latenten sekundären Antisemitismus feststellen. Erinnerungsabwehr, Opfer-Täter-Umkehr und konstruierter Tabubruch gegen phantasierte „Denkverbote und Meinungsmonopole“ waren in beiden Debatten auftretende Motive. Daher

<sup>53</sup> Vgl. auch zum folgenden: Ahlheim/Heger 2002a, S. 24 ff.

<sup>54</sup> Ahlheim/Heger 2002b, S. 21.

<sup>55</sup> Vgl. Ahlheim/Heger 2002a, S. 48 ff.

kann auch von *einer* Antisemitismus-Debatte gesprochen werden.<sup>56</sup> In beiden Debatten wurde zudem vielfach über die Berechtigung eines „Antisemitismusvorwurfs“ anstatt über antisemitische Inhalte und eine angemessene Reaktion darauf gestritten.

Die Auseinandersetzung um Walsers Roman „Tod eines Kritikers“<sup>57</sup> begann schon vor der Auslieferung der ersten Auflage. Am 29. Mai 2002 erschien in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) ein an Walser gerichteter offener Brief, in dem der FAZ-Mitherausgeber Frank Schirmmacher verkündete, dass Walsers Buch nicht als Vorabdruck in der FAZ erscheinen werde, wie das bei dessen früheren Titeln der Fall gewesen war. Denn das Buch sei eine „Exekution“, ein „Dokument des Hasses“ und „eine Abrechnung mit Marcel Reich-Ranicki“, so Schirmmacher. Das „Repertoire antisemitischer Klischees“ sei „leider unübersehbar“.<sup>58</sup>

Damit kam es zum Eklat, noch bevor das Buch erschienen war. Walser zeigte sich enttäuscht und verständnislos gegenüber Schirmmachers Verhalten.<sup>59</sup> Da niemand sonst das Manuskript kannte und andere Zeitungen aus diesem Grund nicht über den Buchinhalt berichten konnten, verschickte der Suhrkamp-Verlag – bei dem der Titel später erscheinen sollte – eine Vorabversion an die Redaktionen.

<sup>56</sup> Einige Akteure der beiden Auseinandersetzungen legten aber großen Wert darauf, dass es sich um zwei unterschiedliche und von einander losgelöste Debatten handele, mit verschiedenen Inhalten, Ursachen und Umständen; vgl. etwa Martin Walser: „Ich bin kein Möllemann“, Interview in: *die tageszeitung* v. 30.5.2002.

<sup>57</sup> Martin Walser: *Tod eines Kritikers*, Frankfurt a. M. 2002 [2002a].

<sup>58</sup> Vgl. Frank Schirmmacher: *Tod eines Kritikers*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 29.5.2002 [2002a].

<sup>59</sup> Vgl. Martin Walser: „Der Autor ist der Verlierer“, Interview in: *Der Spiegel* v. 3.6.2002 [2002b], S. 186 ff.

Sofort entwickelte sich eine Debatte um das Buch und darum, ob es antisemitische Stereotypen beinhalte. Im Gegensatz zu Schirmmacher hielten es etliche Rezensent(inn)en keineswegs für antisemitisch.<sup>60</sup> Der Antisemitismusvorwurf sei völlig unberechtigt, Walser widerfahre „der Versuch eines politischen Rufmordes“.<sup>61</sup> Walser wurde zum Opfer von „selbst ernannten Richtern der politischen Korrektheit“ stilisiert.<sup>62</sup> Doch auch kritische Stimmen wurden geäußert. Es gebe „nicht viele antisemitische Klischees, die Martin Walser nicht bedient.“<sup>63</sup> Er, der in seinem Buch all „seinen trübsten, finstersten & lächerlichsten Ressentiments hemmungslosen Auslauf“ gegeben hätte, habe schon vor Beginn der Debatte im Februar 2002 in der *Bunten* seinen nächsten Roman als Skandal angekündigt.<sup>64</sup>

Walser rechnete also mit einem Eklat. Das Buch erreichte unmittelbar nach Erscheinen den ersten Platz in der *Spiegel*-Bestsellerliste und hielt sich lange unter den meist verkauften zwanzig Büchern.<sup>65</sup> Das Interesse am Erscheinungstag war so groß, dass der Suhrkamp-Verlag nicht alle Bestellungen auf einmal ausliefern konnte. Die Startauflage umfasste 50.000 Exemplare.

<sup>60</sup> Vgl. bspw. Fritz J. Raddatz: Das Treffen im Seichten, in: *Die Zeit* v. 6.6.2002; Thomas Steinfeld: Die Rache ist mein, spricht der Autor, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 31.5.2002 [2002a]; Gerda-Marie Schönfeld: Der Dichter, das Buch und der Streit, in: *stern* v. 6.6.2002, S. 64.

<sup>61</sup> Vgl. Steinfeld 2002a.

<sup>62</sup> Vgl. Thomas Steinfeld: Die Meute der Deuter, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 4.6.2002.

<sup>63</sup> Elke Schmitter: Der verfolgte Verfolger, in: *Der Spiegel* v. 3.6.2002, S. 184.

<sup>64</sup> Vgl. Wolfram Schütte: Der Sommer des Ressentimentalisten. Eine Besichtigung der Medienlandschaft nach der jüngsten Walserei, in: Newsletter zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Informationen des Fritz Bauer Instituts, H. 23/2002, S. 10 f.

<sup>65</sup> Vgl. *Der Spiegel* v. 8.7.2002, S. 152; *Der Spiegel* v. 16.9.2002, S. 198.

Das inhaltliche Thema des Romans ist nach Walsers Aussage die „Machtausübung im Kulturbetrieb“:<sup>66</sup> Ein Autor namens Hans Lach, der als alter ego Walsers zu erkennen ist, und dessen neuestes Buch von dem renommierten Literaturkritiker André Ehrl-König (alias Marcel Reich-Ranicki) in dessen Fernsehshow verrissen wurde, bedroht den Starkritiker auf einer Verleger-Party mit dem Spruch „Die Zeit des Hinnehmens ist vorbei. [...] Ab heute nacht Null Uhr wird zurückgeschlagen“.<sup>67</sup> Als Ehrl-König verschwunden ist, gerät Lach unter Mordverdacht. Doch jener hat sich nur mit seiner jungen Geliebten vergnügt und erscheint später unvermittelt wieder.

Der Kritiker Ehrl-König ist Jude und wird von Walser wie eine Figur aus der „Asservatenkammer des Antisemitismus“<sup>68</sup> dargestellt: Hässlich, „wurzellos“ (ungeklärte Herkunft, mehrere Staatsbürgerschaften), lüstern, sexuell pervers, überbetonte Aussprache, böse, mächtig, zersetzend – und auch „das Stereotyp des Juden, der selbst nicht schöpferisch ist, der nichts Eigenes schafft, sondern nur leiht, ergauert, mit ‚jüdischer Mimikri‘ kopiert, zusammenschnorrt“ findet sich wieder.<sup>69</sup>

Der Roman verwendet eine offen antisemitische Sprache, so offen wie seit mehr als 50 Jahren nicht mehr. Reich-Ranicki, der realiter ein Buch Walsers kritisiert hatte, was dieser ihm übel genommen hatte, zeigte sich über den Roman schockiert: „Schon sind rund hundertfünfzigtausend Exemplare dieses Buches im Umlauf, eines Romans, der gegen die Juden hetzt, der, hier und da dem Vorbild des *Stürmers* folgend, Ekel hervorrufen möchte. Welche Folgen werden sich daraus ergeben? Ich

<sup>66</sup> Vgl. Walser 2002b, S. 186.

<sup>67</sup> Walser 2002a, S. 10.

<sup>68</sup> Schütte 2002, S. 12.

<sup>69</sup> Vgl. Elke Schmitter 2002, S. 183. Siehe hierzu auch: Julius H. Schoeps: Rolle rückwärts? Der Umgang deutscher Politiker mit Juden und dem antisemitischen Vorurteil, in: Tobias Kaufmann/Manja Orlowski (Hg.): „Ich würde mich auch wehren ...“ Antisemitismus und Israel-Kritik – Bestandsaufnahme nach Möllemann, Potsdam 2002, S. 17f.

weiß es nicht, denn ein solcher Roman ist nach 1945 in deutscher Sprache noch nicht veröffentlicht worden. Ich weiß es nicht, ich fürchte mich.“<sup>70</sup> Reich-Ranicki und seine Frau sind Überlebende des Warschauer Ghettos, ihre Familien wurden während des Nationalsozialismus ermordet.

Nach Schirmmachers Meinung habe Walser es mit seiner „Mordphantasie“ möglich gemacht, „den Mord (an Reich-Ranicki; Anm. d. Verf.) auszukosten, ohne ihn zu begehen“.<sup>71</sup> Walser betreibt eine Umkehrung von Täter- und Opferrolle, eine „Täter-Opfer-Inversion“. Es „soll nahe gelegt werden, jemand wie Reich-Ranicki habe es gar nicht anders verdient, als ermordet zu werden.“<sup>72</sup> Der Roman fungiert dabei als Parabel. So teilt der Ich-Erzähler Personen in „Besiegte“ und „Unbesiegte“ ein, Ehrl-König gehöre einer dritten Kategorie an: „unbesiegbar“. „Dadurch, daß einer umgebracht wird, ist er im Sinn meiner Einteilung noch nicht besiegt.“<sup>73</sup> Die „ermordeten Juden sind für Walser die eigentlichen Sieger und die Deutschen die Besiegten“.<sup>74</sup> Dies ist jedoch kein kurzfristiger Wandel in Walsers Denken, da bereits frühere Texte von ihm antisemitische Stereotypisierungen enthielten.<sup>75</sup>

In der Debatte wurde darüber (nahezu) hinweg gesehen und statt dessen ein „maximalisierter Antisemitismusverdacht“ beklagt,<sup>76</sup> der die „Qualität einer Bedrohung“ besitze, die „offenbar einen überall latenten

<sup>70</sup> Marcel Reich-Ranicki: Was ich empfinde. Über eine neue deutsche Mordphantasie, München und den Geist der Erzählung: Dankesrede zur Verleihung der Ehrendoktorwürde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12.7.2002.

<sup>71</sup> Vgl. Schirmmacher 2002a.

<sup>72</sup> Kurt Grünberg: Ich weiß wohl, was es bedeutet, in: Die Welt v. 29.6.2002.

<sup>73</sup> Walser 2002a, S. 126.

<sup>74</sup> Hanno Loewy: There is no business like Antisemitismus, in: Der Tagesspiegel v. 10.6.2002.

<sup>75</sup> Vgl. Hund 2001, S. 183 ff.

<sup>76</sup> Vgl. Jens Jessen: Im Walsertakt. Die Melodie des Wahns ergreift die intellektuelle Debatte, in: Die Zeit v. 13.6.2002.

Wahn weckt“.<sup>77</sup> Der „Verdacht“, die Kritik am Antisemitismus erzeugt in dieser Denkweise den Wahn, also sollten die Kritiker Walsers besser schweigen – „denn mit welchen Worten will Schirrmacher nun noch die *wirkliche* Judenfeindschaft geißeln, wenn er sich über Walsers *angebliche* Verwendung ‚antisemitischer Klischees‘ in Superlativen ergeht?“<sup>78</sup> Der Argumentation folgend, dass Walsers Buch keine *wirklichen* antisemitischen Motive beinhalte, stellt sich die Frage, was denn dann *wirkliche* sein sollen.

Michael Naumann sieht eine „gerade Linie“ verlaufen „von Martin Walsers fataler Rede zum Friedenspreis in der Paulskirche bis zu Jürgen Möllemanns antisemitischen Ausbrüchen und den populistischen Attitüden der FDP-Spitze“.<sup>79</sup> Ähnlich argumentiert auch Micha Brumlik: „Was Walser seit Jahren vorbereitet und mit der Beharrlichkeit des erfahrenen Autors Schritt um Schritt, Erzählung um Erzählung, Rede um Rede vorbereitet hat, setzt Jürgen Möllemann, dessen arabisch imprägnierte Judenfeindschaft eine beachtliche biographische Kontinuität aufweist, im Bereich der Politik um.“<sup>80</sup> Sowohl Walser wie auch Möllemann inszenieren sich als Opfer einer „Meinungsmafia“, als Kämpfer für die Meinungsfreiheit. Beide sind auf „Stimmenfang, sei es im Buchladen oder in der Wahlkabine“.<sup>81</sup>

<sup>77</sup> Vgl. Ebd.

<sup>78</sup> Peter Carstens: „Erlkönig hat mir ein Leids getan“, in: Die Zeit v. 3.6.2002, Hervorhebung durch die Verfasser.

<sup>79</sup> Michael Naumann: Vorwort, in: Ders. (Hg.): „Es muß doch in diesem Lande wieder möglich sein ...“ – Der neue Antisemitismus-Streit, München 2002, S. 10.

<sup>80</sup> Micha Brumlik: Gezielt und ohne Reue, in: Frankfurter Rundschau v. 7.6.2002.

<sup>81</sup> Michael Brenner: Deutsch oder doitsch?, in: Süddeutsche Zeitung v. 14.6.2002.

Jürgen Möllemann und die FDP können sich ein besonderes Verdienst zuschreiben: Sie haben den Antisemitismus wieder zu einem offiziellen und anerkannten Faktor in der politischen Kultur der Bundesrepublik gemacht.<sup>82</sup> Dabei mussten nur die altbekannten judenfeindlichen Motive bemüht und in die heutige politische Arena gebracht werden.

Ausgangspunkt der Debatte waren antisemitische und israelfeindliche Äußerungen des damaligen FDP-Überläufers Jamal Karsli und des seinerzeitigen Fraktionschefs im Landtag und Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen, Möllemann. Der ehemalige Grünen-Landtagsabgeordnete in NRW Karsli hatte in einem Interview mit der rechtsextremen Wochenzeitung *Junge Freiheit* die Existenz einer „zionistischen Lobby“ behauptet, die „den größten Teil der Medienmacht in der Welt inne“ habe und „jede auch noch so bedeutende Persönlichkeit ‚klein‘ kriegen“ könne. Den Deutschen werde „beim Thema Israel“ mit der Erinnerung an den NS „schlicht und ergreifend Angst einzujagen versucht, damit sie den Mund nicht aufmachen“.<sup>83</sup> In einer Pressemitteilung vom April 2002 hatte Karsli geäußert, der Staat Israel wende „Nazi-Methoden“ an. Möllemann stellte sich damals öffentlich hinter Karsli. Nach wochenlangem Schweigen zu der Sache trotz öffentlicher Thematisierung und späteren halbherzigen Missbilligungserklärungen des FDP-Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle, zog Karsli seinen Aufnahmeantrag an die Freidemokraten zurück. Aber erst nach einem Ultimatum Westerwelles schied Karsli auch aus der Düsseldorfer Landtagsfraktion der FDP aus.

<sup>82</sup> Vgl. Brumlik 2002.

<sup>83</sup> Vgl. Jamal Karsli: „Fischer hat die Ideale der Grünen verraten“, Interview in: *Junge Freiheit* v. 3.5.2002.



Vom Zentralrat der Juden in Deutschland (ZJD) wurde die FDP wegen der antisemitischen Äußerungen und der ausbleibenden Distanzierung deutlich kritisiert. In einem Interview sagte Möllemann daraufhin: „Ich fürchte, dass kaum jemand den Antisemiten, die es in Deutschland leider gibt [...], mehr Zulauf verschafft hat als Herr Scharon und in Deutschland ein Herr Friedman mit seiner intoleranten und gehässigen Art.“<sup>84</sup> Damit gab er dem ZJD-Vizepräsidenten Michel Friedman Schuld am Antisemitismus in der Bundesrepublik – eine antisemitische Zuschreibung, nach der „die Juden“ selbst Schuld an Vorurteilen ihnen gegenüber und ihrer Verfolgung sind.

Gesellschaftliche Reaktionen auf Möllemanns Diffamierungen fielen erschreckend verhalten aus. Es wurde beispielsweise behauptet, in der Debatte gehe es gar nicht um Antisemitismus – Möllemann sei wie Walser kein Antisemit, beide verbinde „nicht Antisemitismus, sondern ein anderes, überwölbendes Motiv: die Meinungshoheit jener zu brechen, die sie als 68er begreifen“. Sie seien nur „Kombattanten im Kleinkrieg gegen die Gesinnungspolizei der Political Correctness“, gegen deren Denk- und Sprechverbote.<sup>85</sup> Von „Moral-“ und „Antisemitismus-Keule“ war fortan die Rede, mit der unberechtigtweise hantiert werde, von „Gedankenpolizei“, „Tabuwächtern“, „Generalverdacht“, Diffamierung, „Killerwort Antisemit“ und ähnlich sich selbst entlarvenden Klassifizierungen.<sup>86</sup>

<sup>84</sup> Zit. n. Nico Fried/Kristian Frigelj: Machtkampf in der FDP, in: Süddeutsche Zeitung v. 18.5.2002.

<sup>85</sup> Vgl. Hans Ulrich Jörges: Was darf man in Deutschland sagen?, in: stern v. 6.6.2002, S. 41.

<sup>86</sup> Vgl. Matthias Matussek: Recht auf Zorn, in: Der Spiegel v. 27.5.2002, S. 27; Guido Westerwelle: „Diese Tabuwächter können mir gestohlen bleiben“, Interview in: stern v. 6.6.2002, S. 52; Jörges 2002; Helmut Markwort: Das Killerwort Antisemit, in: Focus v. 27.5.2002, S.3.

Möllemann, der „Prototyp des modernen Antisemiten“,<sup>87</sup> artikulierte de facto den Antisemitismus nach und „wegen“ Auschwitz, der Juden als unangenehme Mahner und Erinnerer an die Verbrechen des NS personifiziert, die einer „Normalisierung“ Deutschlands im Weg stünden und daher das „positive Nationalbewusstsein“ stören.

Auf 35.000 zustimmende Briefe, Anrufe und Email, die er im Mai und Juni 2002 erhalten habe<sup>88</sup> – „mehr als 90 Prozent davon aus der Mitte der Gesellschaft“<sup>89</sup> – berief sich Möllemann, wie auch Walser nach seiner Friedenspreisrede die ihm zustimmende „Volksmeinung“ zur Kronzeugenschaft für die Richtigkeit seiner Invektiven anführte.

Im Internet-Forum der FDP-Bundestagsfraktion konnte diese „Volksmeinung“ nachgelesen werden: Möllemann wurde beispielsweise gelobt, weil er den „Judenlummel“ Friedman in die Schranken gewiesen habe. Er habe endlich ausgesprochen, „was viele schon lange in sich hineindenken“ – „die Juden selbst“ hielten „uns Deutsche ewig mit unserer ‚Schuld‘ in Schach“ und der ZJD entscheide „über die Politik in Deutschland“.<sup>90</sup> Die Beiträge waren zumeist mit komplettem Namen und akademischen Titeln versehen. „Zensur“ wollte die Forums-Redaktion aber nicht ausüben. Es sei ihr darum gegangen, „Stimmungen im Volk“ zu hören. Nur Texte, „die Dritte beleidigen“ oder „unakzeptabel“ beschimpften, wurden von der Seite genommen, worunter die genannten Passagen deren Meinung nach offenbar nicht fielen.<sup>91</sup> In Leserbriefen wurde auch schon der Rücktritt Friedmans von seinem Amt verlangt. Denn „die Art und Weise, wie Michel Friedman sich täglich zu Wort meldet, ist der jüdischen Sache nicht förderlich“, weiß der

<sup>87</sup> Henryk M. Broder: Ein moderner Antisemit, in: Der Spiegel v. 27.5.2002, S. 26.

<sup>88</sup> Vgl. Alexander Neubacher u.a.: Der Krampf geht weiter, in: Der Spiegel v. 10.6.2002, S. 23f.

<sup>89</sup> Zit. n. Petra Bornhöft u.a.: Die Probebohrung, in: Der Spiegel v. 27.5.2002, S. 25.

<sup>90</sup> Vgl. Katherina Sperber: Ein „mutiger Herr Möllemann“ und die „Fessel der Israelhörigkeit“, in: Frankfurter Rundschau v. 24.5.2002.

<sup>91</sup> Vgl. ebd.

dieser „jüdischen Sache“ offenbar bestens kundige Schreiber.<sup>92</sup> Respekt zollte auch ein anderer Leserbriefautor: „Nach über einem halben Jahrhundert seit Kriegsende muss endlich über alle Tabus frei und offen geredet werden können.“<sup>93</sup>

Mehr als 1.000 Personen traten angeblich während der Debatte im Frühsommer 2002 in die FDP ein. Bei der Partei-Basis kam Möllemanns imaginiertes Tabubruch zumindest anfangs bestens an: „Das ist entwürdigend, wenn wir im eigenen Land nicht mehr sagen dürfen, was wir denken“, war in Interviews zu hören.<sup>94</sup> In einer FORSA-Umfrage zum zeitlichen Höhepunkt der Debatte stimmten 35 Prozent der befragten Personen der Aussage zu, Friedman verstärkte durch sein Auftreten und Verhalten den Antisemitismus. Nur 24 Prozent waren der Ansicht, Möllemann verstärkte ihn.<sup>95</sup>

Nach Beginn der Debatte und nach Möllemanns Ausfällen gegen Friedman konnte die FDP in Wahlumfragen zunächst von neun auf zwölf Prozent zulegen.<sup>96</sup> „Erst als die Parteiführung beim Balanceakt zwischen dem ‚gemäßigten‘ Westerwelle und dem ‚radikalen‘ Möllemann ins Schlingern geriet und die Öffentlichkeit dies als zerstrittene Führung respektive Führungsschwäche auslegte, verlor die FDP bei der ‚Sonntagsfrage‘ und fiel von 12 auf 10 % zurück.“<sup>97</sup>

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 erhielt die FDP dann auch einen viel geringeren Stimmenanteil als angestrebt (7,4 Prozent), weit von den „18 Prozent“ entfernt. Doch in Möllemanns Nordrhein-

<sup>92</sup> Vgl. Bruno Kopp, Leserbrief in: Süddeutsche Zeitung v. 1./2.6.2002.

<sup>93</sup> Joachim Nolywaika, Leserbrief in: Focus v. 10.6.2002, Fehler im Original.

<sup>94</sup> Vgl. Dieter Krause u.a.: „Möllemann gehört in eine Kirmesbude“, in: stern v. 13.6.2002, S. 35.

<sup>95</sup> Vgl. Forsa-Umfrage: Was ist tabu?, in: stern v. 6.6.2002, S. 58.

<sup>96</sup> Vgl. Norbert F. Pötzl: Opposition im Aufwind, in: Der Spiegel v. 27.5.2002, S. 36.

<sup>97</sup> Hajo Funke/Lars Rensmann: Wir sind so frei. Zum rechtspopulistischen Kurswechsel der FDP, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 7/2002, S. 827.

Westfalen erhielt sie 9,3 Prozent der Zweitstimmen, was ein Plus von 2,1 Prozentpunkten zur Bundestagswahl 1998 und zusammen mit Rheinland-Pfalz das beste Landesergebnis für die Partei bedeutete. In seinem Wahlkreis Warendorf konnte Möllemann sogar 10,6 Prozent der Zweitstimmen erreichen; 1998 waren es nur 8,4 Prozent. Damit wurde die FDP in Warendorf drittstärkste Kraft hinter CDU und SPD.<sup>98</sup> Auch nach Ansicht der Wahlforscher dokumentiert das Wahlergebnis der FDP „keineswegs, dass der FDP-Vorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Jürgen W. Möllemann, in den letzten drei Tagen vor der Wahl einen negativen Einfluss auf das Wahlergebnis ausgeübt hätte“.<sup>99</sup> Diese Behauptung sei falsch.

Kurz vor der Bundestagswahl hatte Möllemann mit einem Flugblatt, das als Postwurfsendung an alle Haushalte in NRW verschickt wurde, eine Neuauflage der Antisemitismus-Debatte provoziert. Auf dem Flugblatt wurden abermals Friedman und Sharon angegriffen. Doch diesmal reagierte der FDP-Bundesvorstand verärgert. Westerwelle bezeichnete die Aktion als „nicht vernünftig“, Möllemann wurde parteischädigendes Verhalten vorgeworfen, da er im Alleingang gehandelt und nicht die Parteigremien unterrichtet habe.<sup>100</sup> Dies blieb jedoch auch der Hauptkritikpunkt.

Nach dem enttäuschenden Wahlergebnis wurde Möllemann zuerst quasi die Alleinschuld für den Ausgang gegeben, wobei sich diese Angelegenheit schnell zu einer FDP-Finanzaffäre ausweitete. Große Teile der FDP-Führung gerieten nun unter Druck. Öffentlich wurde dabei, dass „der FDP-Vorsitzende den antisemitischen Kurs seines damaligen Vize (Möllemann; Anm. d. Verf.) aktiv unterstützte – und zwar monatelang.“<sup>101</sup>

<sup>98</sup> Vgl. o.V.: Die vorläufig gewählten Wahlkreis- und Landeslistenbewerber, in: Das Parlament v. 30.9./7.10.2002, S. 3 ff.

<sup>99</sup> Christa Hategan: Der Wahlkampf und der Kampf um die Macht, in: Das Parlament v. 30.9./7.10.2002, S. 8.

<sup>100</sup> Corinna Emundts: Kurz vor der Wahl haut Möllemann nochmal auf die rechte Pauke, in: Frankfurter Rundschau v. 18.9.2002.

<sup>101</sup> Vgl. Karen Andresen u.a.: Projekt Größenwahn, in: Der Spiegel v. 4.11.2002, S. 23.

Entlarvend ist weiterhin ein Schreiben von Westerwelles Abteilungsleiter für „Strategie und Kampagnen“, Stefan Kapferer, in dem dieser klar stellt: „Im Mittelpunkt der Kritik an dem Wahlkampf-Flyer von Jürgen W. Möllemann [...] steht nicht der Inhalt. Im Mittelpunkt der Kritik steht die Tatsache, dass dieser Flyer millionenfach ohne Rücksprache [...] verteilt wurde.“<sup>102</sup> So wird über die Antisemitismus-Debatte des Frühsommers 2002, wenn überhaupt, dann öffentlich nur als „Israel-Debatte“, als Fauxpas Möllemanns oder von „Möllemann und seinen antiisraelischen Eskapaden“ berichtet.<sup>103</sup>

Wieder einmal wurde einer Debatte im Kontext der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland bescheinigt, sie sei durch ihre bloße Existenz „heilsam“, es müsse über etwas „mal ganz offen“ geredet werden. Auch Möllemanns parteiinterne Kritiker waren der Ansicht, dass jener „den Bogen zwar überspannt“, aber „gleichzeitig eine offene Debatte angestoßen“ habe.<sup>104</sup>

Was war bisher offen? Die immer wieder gestellte Frage, ob es nicht erlaubt sei, Kritik an Israel zu üben, ist scheinheilig. Kritik an Israel wird auch in der Bundesrepublik andauernd und offen geübt. Die Fragestellung allein impliziert das antisemitische Motiv von der Allmacht und Weltverschwörung der Juden, von der „Auschwitz-Keule“, die nach Lust und Laune benutzt werde. Möllemann tritt als Befreier von „unterdrückten“ Meinungen auf. Dabei verfähren er und seine Unterstützer nach dem klassischen Prinzip: Zuerst wird behauptet, es gebe ein Tabu, über etwas „offen“ zu sprechen, um dann genüsslich dieses konstruierte Tabu gewalt- und publikumswirksam zu brechen: „Unter dem Vorwand der Israel-Kritik, die als befreiender Tabubruch darge-

<sup>102</sup> Zit. n. ebd., S. 34.

<sup>103</sup> Vgl. O. Ulrich Weidner: Erste Runde an Guido, in: *Das Parlament* v. 30.9./7.10.2002, S. 10; Alexander Neubacher/Barbara Schmid: Der oder ich, in: *Der Spiegel* v. 30.9.2002, S. 46.

<sup>104</sup> Vgl. Cathrin Kahlweit: Der Möllemann-Effekt, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 11.6.2002.

stellt wird, sind die Stereotypen der Judenfeindschaft in die öffentliche Auseinandersetzung zurückgekehrt.<sup>105</sup>

Die deutschen Alt- und Neonazis waren von Möllemanns Kampagne begeistert. Franz Schönhuber erklärte sich „hochzufrieden“ über Möllemanns „Dammbruch“, den er mit vorbereitet habe.<sup>106</sup> 1994 hatte Schönhuber den damaligen ZJD-Präsidenten Ignatz Bubis nach einem Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge beschimpft, durch sein Auftreten verantwortlich für die Existenz von Antisemitismus zu sein und überdies der „Volksverhetzung“ bezichtigt. Für Guido Westerwelle hingegen stellte die Debatte „ein Stück nachholende Entwicklung“ dar.<sup>107</sup> „Mit derartigen Klischees eigene Ziele zu verfolgen, hatte lange Zeit nahezu ausschließlich zum strategischen Potenzial von Parteien am rechten Rand gehört – aber die Zeiten haben sich offenbar geändert“.<sup>108</sup> Oder wie Möllemann es drohend in wahnhafter Sprache ausdrückte: „Die Zeiten, in denen man uns das Denken verbieten wollte, sind vorbei.“<sup>109</sup>

### *Manifestationen des latenten Wahns*

Dass die antisemitische Forderung nach Aufhebung solch halluzinierter Denkverbote – die faktisch die Forderung nach Aufhebung eines zivilisatorischen Postulats beinhaltet – bereits Wirkung gezeigt hat, belegt ein Blick auf jüngere empirische Erhebungen gleichermaßen wie die Analyse des aktuellen Umgangs mit Jüdinnen und Juden im gesellschaftlichen Alltag der Bundesrepublik.

<sup>105</sup> Wolfgang Benz: Antisemitismus ohne Antisemiten?, in: Jüdische Allgemeine v. 4.7.2002.

<sup>106</sup> Vgl. Petra Bornhöft u.a.: Inszenierter Tabubruch, in: Der Spiegel v. 3.6.2002, S. 25.

<sup>107</sup> Zit. n. pca.: FDP lädt Zentralrat zu Gespräch ein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 25.5.2002.

<sup>108</sup> Bornhöft u.a. 2002, S. 23.

<sup>109</sup> Zit. n. Hans Peter Schütz: Die Liberalen und der „braune Dreck“, in: stern v. 23.5.2002, S. 48.

Dass Juden zuviel Einfluss in der „Geschäftswelt“ hätten, empfanden einer Erhebung der Anti-Defamation League zufolge Mitte des Jahres 2002 32 Prozent der Deutschen, während 21 Prozent „den Juden“ nachsagten, eher gewillt zu sein, „shady practices“ zur Durchsetzung ihrer Ziele einzusetzen, als andere Menschen. Und 24 Prozent vertraten die Auffassung, Juden würden sich nicht dafür interessieren, was anderen (nichtjüdischen) Menschen geschieht. Die deutlichste Zustimmung erzielte jedoch mit 55 Prozent die Behauptung, (deutsche) Juden würden ein größeres Maß an Loyalität gegenüber Israel haben, als gegenüber Deutschland.<sup>110</sup> Und während es 1999 noch eine Mehrheit von 56 Prozent aller Deutschen als unverständlich empfand, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind (2002: 38 Prozent), so fanden im April 2002 bereits 36 Prozent der Deutschen die Äußerung verständlich gegenüber 20 Prozent im Jahre 1999.<sup>111</sup> Jeder fünfte Deutsche wies in dieser Erhebung „den Juden“ die Schuld an großen Weltkonflikten zu.<sup>112</sup>

Somit ist auch Elmar Brähler voll zuzustimmen, wenn er mit Blick auf Westdeutschland einen „dramatischen Anstieg des Antisemitismus“ und „eine deutliche Zunahme der Verharmlosung des Nationalsozialismus“ feststellt.<sup>113</sup> Nach einer repräsentativen Erhebung aus dem April 2002 vertraten 28 Prozent der Deutschen die Auffassung, der Einfluss „der Juden“ sei „zu groß“, wobei die Zustimmung zu dieser These in den letzten vier Jahren vor allem in Westdeutschland gewachsen ist: von 14 Prozent im

<sup>110</sup> Vgl. Anti-Defamation League: *European Attitudes Toward Jews, Israel and the Palestinian-Israeli Conflict*, Washington 2002, S. 6.

<sup>111</sup> Vgl. Elmar Brähler/Horst-Eberhard Richter: *Politische Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. Fassung der Pressekonferenz des Sigmund-Freud Instituts vom 14. Juni 2002*, Frankfurt a. M. 2002, S. 2.

<sup>112</sup> Vgl. ebd., S. 5.

<sup>113</sup> Vgl. Lars Langenau: *Antisemitismus nimmt im Westen deutlich zu*, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 6.9.2002.

Jahre 1998 auf 31 Prozent im Jahre 2002.<sup>114</sup> 20 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, „die Juden“ hätten etwas „Besonderes und Eigentümliches an sich“ und würden nicht „zu uns“ passen, während 23 Prozent behaupteten, Juden würden mehr „mit üblen Tricks“ arbeiten, um ihre Ziele durchzusetzen, als andere Menschen.<sup>115</sup>

Dem von Walser und Möllemann goutierten ressentimentgeladenen Denken folgt ungefähr jede/r fünfte Deutsche im Sommer 2002 – so das Ergebnis des ersten Teils einer Langzeituntersuchung durch eine Forschergruppe um den Bielefelder Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer:<sup>116</sup> 22 Prozent der Befragten meinen, „Juden hätten in Deutschland zu viel Einfluss“, 17 Prozent behaupten, „Juden trügen Mitschuld an ihrer Verfolgung“. Und sogar jede/r zweite Befragte (52 Prozent) denkt, dass „Juden versuchten, aus dem Holocaust Vorteile zu ziehen – und dass sie die Deutschen für die Vergangenheit zahlen ließen“.<sup>117</sup>

Salomon Korn hat auf die psychosozialen Ursachen einer derartigen Manifestation des sekundären Antisemitismus hingewiesen und dabei die selbst-reflexive Dynamik dieses Prozesses deutlich gemacht: „Im Zustand der nunmehr erreichten politischen Einheit Deutschlands zeichnet sich das aus der partiell fortdauernden Latenzzeit des Schweigens bei vielen Deutschen weiterhin wirksame, der Ratio entzogene Unbehagen Juden gegenüber bei aktuellen Anlässen umso deutlicher ab. So entstand aus dem Fortdauern eines lange nicht verbalisierten Unbehagens ein sekundäres Unbehagen: ein Unbehagen am Unbehagen. Die Forderung, es müsse wieder (?) möglich sein, in Deutschland Juden (und Israel) zu kritisieren, ist daher oft nichts

<sup>114</sup> Vgl. Oskar Niedermayer/Elmar Brähler: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002. Fassung der Pressekonferenz am 5. September 2002, Berlin 2002, S. 8 ff.

<sup>115</sup> Vgl. ebd., S. 11 f.

<sup>116</sup> Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Ein jährlicher Report, Folge 1, Frankfurt a. M. 2002.

<sup>117</sup> Vgl. Jochen Bittner: Deutschland: Wo jeder sich vor jedem fürchtet, in: Die Zeit v. 7.11.2002.



anderes als der (jetzt auch aus populistischem Kalkül immer häufiger unternommene) Versuch, dieses doppelte Unbehagen unter Umgehung seiner Langzeitsachen zu durchbrechen – nur um ihm erneut auf den Leim zu gehen und es damit umso subtiler zu verfestigen.<sup>118</sup>

Die Manifestationsprozesse bleiben jedoch keineswegs nur auf den Bereich der privaten Meinungen beschränkt, sondern finden ihren Niederschlag auch im öffentlichen Raum. Einen – zwar auch immer unvollständigen und lückenhaften – Indikator für die wachsende Akzeptanz von antisemitischer Gewalt unter den latenten Antisemiten stellen dabei antisemitische Übergriffe wie auch antisemitische Propagandadelikte dar. Auch hier ist in jüngster Vergangenheit – nach den Brandanschlägen auf die Erfurter und Düsseldorfer Synagogen im Jahr 2000 sowie zahlreichen Schändungen von NS-Gedenkstätten in den letzten Jahren – ein Zuwachs zu verzeichnen.

Nach der Sammelstatistik des Bundeskriminalamtes schwankte die Zahl der gemeldeten antisemitischen Straftaten in Deutschland Ende der 1990er Jahre noch zwischen rund 800 (1999) und knapp 1.000 (1998) im Jahr. Die Schändung jüdischer Friedhöfe lag bei durchschnittlich 50 jährlich.<sup>119</sup> Im zweiten Quartal des Jahres 2002 hat die Anzahl rechtsextremer und antisemitischer Straftaten deutlich zugenommen. Im Juni 2002 wurden bundesweit 398 rechtsextreme Straftaten verübt. Dies waren mehr als doppelt so viele wie im Vergleichsmonat März 2002 (188 Straftaten). Die Zahl der antisemitischen Straftaten stieg sogar von 127 im ersten Quartal auf 319 im zweiten an.<sup>120</sup> Nach Aussage des ZJD habe es eine solche deutliche Welle antisemitischer Straftaten in Deutschland in dieser Intensität seit 1992 nicht mehr gegeben.<sup>121</sup>

<sup>118</sup> Salomon Korn: Die Wut hinter der Maske, in: Die Zeit v. 4.7.2002.

<sup>119</sup> Vgl. Lt.: Dreißig Schmähbriefe in der Woche, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6.10.2000.

<sup>120</sup> Vgl. Ulla Jelpke: Rechtsextreme und antisemitische Straftaten nehmen deutlich zu, Pressemitteilung v. 24.7.2002.

<sup>121</sup> Vgl. cc: Zentralrat und Thierse beschuldigen Möllemann, in: Frankfurter Rundschau v. 7.9.2002.

Auch Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) setzt den sprunghaften Anstieg von antisemitischen Straftaten mit der Antisemitismus-Debatte in Verbindung. Man müsse Zweifel daran haben, dass dies nur Zufall sei. In dem durch die Debatte geschaffenen Klima „meinten nicht wenige, dass nun sie sich auch antisemitisch und xenophobisch äußern konnten. Und die Rechtsradikalen durften das Gefühl genießen, plötzlich nicht mehr allein zu sein mit ihren unanständigen Parolen.“<sup>122</sup>

Als deutliche öffentliche Manifestierung des sekundären Antisemitismus ist ein Eklat am ersten Novemberwochenende 2002 in Berlin-Spandau anzusehen: Bei einem Festakt aus Anlass der Rückbenennung der 1938 in Kinkelstraße umbenannten Judenstraße riefen mehrere Personen aus der Menge der Zuschauer/innen dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlin, Alexander Brenner, die Parolen entgegen: „Juden raus“ und „Ihr Juden seid an allem schuld“, als dieser eine Rede halten wollte. Bei den skandierenden Antisemiten handelte es sich nach Aussage des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Spandauer Bezirksparlament, Karl Heinz Bannasch, nicht um offenkundige Neonazis – „das waren Leute, die der bürgerlichen Mittelschicht zuzuordnen sind“.<sup>123</sup>

Diese Spandauer Bürger/innen wollten nicht und schon gar nicht von Juden, den Nachkommen der Opfer, an die mörderische Vergangenheit in ihrem Bezirk und damit an die Verbrechen ihrer Eltern oder Großeltern erinnert werden. „Schuld“ an „Allem“ seien die Juden – deutlicher kann sich Erinnerungs- und Verantwortungsabwehr wohl kaum artikulieren. Nach Meinung des Leiters des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, Wolfgang Benz, schlage nun der latente Antisemitismus in einen manifesten um: „Wir sind an einem Punkt angekommen, wo es kaum noch Hemmschwellen gibt. [...] Bisher spiegelte sich der latente, also tief sitzende, aber nicht nach außen

<sup>122</sup> Wolfgang Thierse: Rede zur Verleihung des Leo-Baeck-Preises an Iris Berben am 3. September in Frankfurt (Redemanuskript), Berlin 2002.

<sup>123</sup> Vgl. Marcel Gäding: Festakt nach „Juden raus“-Rufen beendet, in: Berliner Zeitung v. 2.11.2002.

hin artikulierte Antisemitismus nur in Meinungsumfragen wieder. Seit Möllemann ist das anders. Manche beschimpfen Juden und berufen sich darauf, dass es möglich sein muss, Kritik zu üben. [...] Solcher offener Antisemitismus ist neu und außerordentlich beunruhigend.”<sup>124</sup>

Walser und Möllemann haben somit antisemitischem Denken im kulturellen und politischen Raum eine Diskursfähigkeit verschafft, die jenseits von zivilisatorischen Motiven agiert. Da sich der Wahn der bisher schweigenden Antisemiten nun öffentlich artikulieren kann, muss nicht nur von einer starken Tendenz zur politischen Normalisierung des sekundären Antisemitismus ausgegangen werden, sondern es zeigt sich auch, dass eine Brutalisierung der gesellschaftlichen Realität längst begonnen hat. Nicht nur psychische, sondern auch physische Gewalt gegen Jüdinnen und Juden ist in Deutschland wieder möglich, ohne öffentlich klar und deutlich als untolerierbar zurückgewiesen zu werden – auch wenn es zweifelsfrei von politischer Seite einige Bemühungen gibt, das Klima im Land zu wenden.

Allerdings wäre hierfür eine klare Benennung antisemitischer Ressentiments, eine eindeutige politische Polarisierung sowie eine definitive Ausgrenzung von antisemitischen Positionen aus dem gesellschaftlichen Diskurs eine elementare Notwendigkeit. Nicht nur, um antisemitische Gewalttaten und Propagandadelikte zu minimieren und zu verhindern, sondern auch im allgemeinen zivilisatorischen Interesse. Denn der „Antisemitismus ist kein Problem der Juden, keine Einstellung, die sich aus der jüdischen Geschichte, aus der jüdischen Religion erklären ließe; der Antisemitismus ist ein Problem der Antisemiten.”<sup>125</sup> Genauer gesagt: eines mit den Antisemiten.

<sup>124</sup> Wolfgang Benz: „Es gibt kaum noch Hemmschwellen“, Interview in: Berliner Zeitung v. 2.11.2002.

<sup>125</sup> Julius H. Schoeps/Joachim Schlör: Einleitung, in: Dies. (Hg.): Antisemitismus. Vorurteile und Mythen, Frankfurt a.M. o. J., S. 9.